Studio der ARD-Sendung „Günther Jauch“ im Berliner Gasometer

TV-ABGABE

Ungehobene Schätze

Der neue Rundfunkbeitrag spült deutlich mehr Geld in die Kassen von ARD und ZDF, als die Sender bisher angenommen haben – nach aktuellen Schätzungen bis zu eine halbe Milliarde Euro. Zum ersten Mal überhaupt könnte der Beitrag sinken.

Es könnte sein, dass sich Tom Buhrow bald häufiger einen Kalauer anhören muss: Gestern standen wir am Abgrund, heute sind wir einen Schritt weiter.

So wird auf den ARD-Fluren jedenfalls schon gelästert über den neuen Mann im Intendantenjob des WDR. Der hatte vor wenigen Wochen eine Blut-Schweiß-und-Tränchen-Rede gehalten, in der er von ebendiesem „Abgrund“ sprach, in den sein Sender stürze, wenn nicht bald radikal gespart werde. Eine Milliarde Euro werde seinem Sender in den nächsten Jahren fehlen, wenn nichts passiere.

In der Öffentlichkeit kam das erst mal gut an. Sparen bei der ARD kann so falsch ja nicht sein. Zwar überraschte es ein wenig, dass der reiche WDR so plötzlich arm geworden sein soll. Aber weil Buhrow das Ganze auch noch sympathisch vortrug, bekam mancher schon fast Mitleid mit den klammen Anstalten der ARD.

Ein paar Wochen später sieht die öffentlich-rechtliche Welt ganz anders aus. Da sprudeln auf einmal Einnahmen von Hunderten Millionen Euro. Auf wundersame Weise schließen sich Budget-Löcher. Ja, es schießt offenbar so viel Geld ins System, dass der Beitrag zum ersten Mal gesenkt werden könnte, wenn denn aktuelle Prognosen stimmen.

Bislang rechneten die öffentlich-rechtlichen Sender mit überschaubaren Mehreinnahmen durch das neue Beitragsmodell. Zusätzlich rund 120 Millionen Euro, bezogen auf die Beitragsperiode von vier Jahren. Doch in den letzten Wochen än-

STEFFEN KUGLER / PICTURE ALLIANCE / DPA

derte sich das Bild massiv. Die Einnahmen schnellten hoch. Nach neuen Berechnungen kommt erheblich mehr in die Kassen von ARD und ZDF – bis zu 500 Millionen Euro.

Die Zahlen sind längst nicht offiziell, sie sind vorläufig und vorsichtig geschätzt. Sie kursieren bei Intendanten von ARD und ZDF, bei den Finanzprüfern der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF), die sich in dieser Woche treffen, um die Einnahmeexplosion zu bewerten. Noch mag sich niemand festlegen. Die ARD verweist darauf, dass erst am Jahresende eine seriöse Bewertung möglich sei.

Doch die Entwicklung scheint eindeutig. Und klar ist: Gibt es tatsächlich Mehreinnahmen in dieser Größenordnung, dann dürfen die Sender das Geld nicht behalten.

Eigentlich müsste das ein Grund zur Zufriedenheit bei allen Beteiligten sein. Weniger Beiträge zahlen zu müssen, und seien es bloß ein paar Euro im Jahr, wäre allemal eine gute Nachricht für die Zuschauer. Und verbunden mit der bereits erklärten Bereitschaft der Sender, bei den Digitalkanälen kürzerzutreten, ergäbe das eigentlich das neue Bild einer erfolgreichen Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Es wäre der Bruch mit dem System der Verschwendung und dem jahrzehntelang praktizierten Programm-Ausbau. Eine neue Bescheidenheit.

Doch so simpel ist es nicht. Bislang behaupteten die ARD-Leute öffentlich immer wieder, das neue Beitragssystem führe vermutlich gerade einmal dazu, dass die Einnahmen stabil blieben. Wenn es anders kommen sollte, trüge das nicht gerade zur Glaubwürdigkeit bei. Schon lange, so heißt es in Intendantenkreisen, „werden wir in Sachen Finanzen doch ohnehin nur noch als die Profi-Jammerer vom Dienst wahrgenommen“.

Dazu trägt auch eine Befund der KEF bei, deren Aufgabe es ist, die Finanzen von ARD und ZDF zu überprüfen. Die mächtigen Kontrolleure unter dem Vorsitz des Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofes, Heinz Fischer-Heidlberger, sind in den letzten Monaten die Bücher der Anstalten durchgegangen und bei der ARD fündig geworden. Sie stöberten insgesamt um die 300 Millionen Euro an Eigenmitteln, Einnahmemöglichkeiten und Ähnlichem auf, die nach Ansicht der KEF erst einmal realisiert werden müssen, bevor Beitragsgelder angerührt werden dürfen. „Zuschätzungen“, heißt der Vorgang im Fachdeutsch der ARD. Derzeit laufen Gespräche zwischen KEF und ARD, inwieweit die KEF-Annahmen realistisch sind.

Interessant sind die ungehobenen Schätze der ARD vor allem deshalb, weil der Senderverbund in der laufenden Beitragsperiode rechnerisch knapp 200 Millionen Euro zu wenig zur Verfügung hat. Eigentlich, so hatten sich die Senderstrategen das gedacht, würden mögliche Mehreinnahmen also erst einmal in ihre Kassen fließen. Doch die Prüfer der KEF haben diese Geldträume zunichtegemacht.

Das ZDF, so heißt es in der KEF, kommt bei der aktuellen Prüfung, deren Ergebnisse im März veröffentlicht werden, eher ungeschoren davon. Nicht nur deshalb ist die Stimmung in Mainz deutlich besser als bei der ARD, wo für Prestige-Sendungen wie den Polit-Talk „Günther Jauch“ immer noch Unsummen ausgegeben werden – pro Staffel 10,5 Millionen Euro.

Im ZDF vertrat Intendant Thomas Bellut stets den Standpunkt, dass er für die Zukunft seines Senders dauerhaft mit weniger Geld rechne. Und während die ARD-Kollegen gern klagten, vermittelte Bellut stets den Eindruck, das sei für ihn okay.

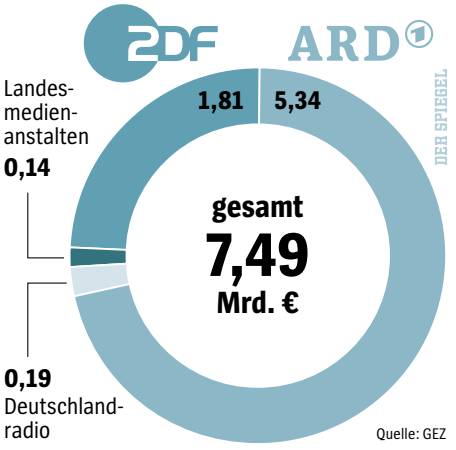
Für den einzelnen Beitragszahler geht es am Ende nur um 20 oder 30 Cent im Monat. Doch die Symbolik wiegt schwer, da die Gebühr, wie sie früher hieß, jahrzehntelang immer nur erhöht wurde. Deshalb werden wohl auch die Medienpolitiker versuchen, eine Senkung als Triumph ihrer Beharrlichkeit zu verkaufen. So als hätten die Ministerpräsidenten persönlich ARD und ZDF die Kohle abgetrotzt.

Die Wahrheit ist simpler. Die Reform war von Anfang an darauf angelegt, mehr Geld einzutreiben als bisher. Nun zeigt sich, dass das gelingt. ARD und ZDF kommen Schwarzsehern und zahlungsunwilligen Unternehmen leichter auf die Schliche als früher.

Besonders die neue Regelung bei den sogenannten Betriebsstätten führt nach jetzigen Prognosen offenbar zu höheren Einnahmen für ARD und ZDF – und auf der anderen Seite zu höheren Kosten bei den Unternehmen. Vor allem bei solchen mit vielen Filialen. Die Drogeriekette Rossmann rechnet mit Kosten von 200 000 Euro statt früher 39 500 Euro. Konkurrent dm mit 266 000 Euro statt bisher 94 000 Euro im Jahr. Der Autovermieter Erich Sixt will wegen angeblicher Mehrkosten zur Not bis vor das Bundesverfassungsgericht ziehen.

Rossmann, Sixt und Co. waren über die neue Beitragsordnung schon empört, als von Mehreinnahmen keine Rede war. Sollte die Medienpolitik jedoch hauptsächlich von Unternehmen zusätzlich kassiertes Geld dazu verwenden wollen, für die Allgemeinheit den Beitrag zu senken, dürfte das einige Entrüstung zur Folge haben. In der KEF gibt es durchaus Leute, die meinen, die Mehreinnahmen sollten dahin zurückfließen, wo sie in der Hauptsache herkommen: in die Unternehmen.

Andererseits: Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) und sein Medienpolitiker Johannes Beermann verfolgen schon lange das politische Ziel, den Rundfunkbeitrag zu senken. In Sachsen sind 2014 Landtagswahlen. Auch der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) dürfte eine 500-Millionen-Euro-Gelegenheit, sich beim Volk beliebt zu machen, kaum ungenutzt lassen.

MARKUS BRAUCK

Rundfunkgebühren
Einnahmen 2012